

Pies, Ingo

**Working Paper**

## Interview: Innovationen und Institutionen - Über Markt, Moral und Moderne

Diskussionspapier, No. 2019-03

**Provided in Cooperation with:**

Martin Luther University of Halle-Wittenberg, Chair of Economic Ethics

*Suggested Citation:* Pies, Ingo (2019) : Interview: Innovationen und Institutionen - Über Markt, Moral und Moderne, Diskussionspapier, No. 2019-03, ISBN 978-3-96670-008-5, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Lehrstuhl für Wirtschaftsethik, Halle (Saale), <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:3:2-111983>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/204440>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Ingo Pies

# Interview: Innovationen und Institutionen – Über Markt, Moral und Moderne

Diskussionspapier Nr. 2019-03

---

des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik  
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,  
hrsg. von Ingo Pies,  
Halle 2019

### *Haftungsausschluss*

Diese Diskussionspapiere schaffen eine Plattform, um Diskurse und Lernen zu fördern. Der Herausgeber teilt daher nicht notwendigerweise die in diesen Diskussionspapieren geäußerten Ideen und Ansichten. Die Autoren selbst sind und bleiben verantwortlich für ihre Aussagen.

ISBN 978-3-96670-007-8 (gedruckte Form)  
ISBN 978-3-96670-008-5 (elektronische Form)  
ISSN 1861-3594 (Printausgabe)  
ISSN 1861-3608 (Internetausgabe)

### *Autoranschrift*

**Prof. Dr. Ingo Pies**  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät  
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich  
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik  
Große Steinstraße 73  
D-06108 Halle  
Tel.: +49 (0) 345 55-23420  
Fax: +49 (0) 345 55 27385  
Email: [ingo.pies@wiwi.uni-halle.de](mailto:ingo.pies@wiwi.uni-halle.de)

### *Korrespondenzanschrift*

**Prof. Dr. Ingo Pies**  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät  
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich  
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik  
Große Steinstraße 73  
D-06108 Halle  
Tel.: +49 (0) 345 55-23420  
Fax: +49 (0) 345 55 27385  
Email: [ingo.pies@wiwi.uni-halle.de](mailto:ingo.pies@wiwi.uni-halle.de)

*Kurzfassung*

Dieses Interview erläutert das Moralparadoxon der Moderne und seine Bedeutung für die demokratische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Auf diese Weise bietet es Einblicke in das „ordonomische“ Forschungsprogramm: *welche* Fragen gestellt werden, *wie* diese Fragen gestellt werden und *wie* die Antworten beschaffen sind, die sich mit der ordonomischen Methode erarbeiten lassen. Der inhaltliche Schwerpunkt dieses Interviews liegt darauf, die Bedeutung (und insbesondere die moralischen Implikationen) von Innovationen für die moderne post-malthusianische Wachstumsgesellschaft hervorzuheben.

*Schlüsselbegriffe:* Wirtschaftsethik, Ordonomik, Moralparadoxon der Moderne, Innovation, Wachstum, Diskursversagen

*Abstract*

This interview explains the paradox of modernity and discusses its implication for democratic politics that shapes the economy and, more generally, society. It thus offers insights into the “ordonomic” research program: *which* questions to pose, *how* to pose them, and *how* to answer these questions using the method of ordonomics. The interview emphasizes the significance (and, especially, the moral implications) of innovation for a modern, post-malthusian growth society.

*Keywords:* Economic ethics, ordonomics, moral paradox of modernity, innovation, growth, discourse failure



# Interview: Innovationen und Institutionen – Über Markt, Moral und Moderne

Ingo Pies\*

**auf + ab: Herr Professor Pies, Sie wurden 2002 auf den damals neu eingerichteten Lehrstuhl für Wirtschaftsethik an der Luther-Universität Halle-Wittenberg berufen. Hier haben Sie mit Ihren Mitarbeitern ein „ordonomisches“ Forschungsprogramm aufgebaut, das dem Phänomen des „Wachstums“ gerade auch aus moralischer Sicht eine wichtige gesellschaftliche Funktion zuschreibt. Sie verweisen immer darauf, dass Wachstum ein modernes Phänomen ist.**

IP: Nicht Wachstum per se. Wachstum der Produktion gibt es seit Menschengedenken. Modern ist nur das rasante Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens, also der empirische Befund, dass die Produktion deutlich schneller wächst als die Bevölkerung. Deshalb kann man die moderne Gesellschaft auch als post-malthusianisch bezeichnen.

**auf + ab: Was genau meinen Sie damit?**

IP: In malthusianischen Gesellschaften führt ein Wachstum der Produktion primär zu einem Anstieg der Bevölkerung. Die Folge ist, dass sich das Pro-Kopf-Einkommen nicht weit vom Subsistenzniveau entfernt: Malthusianische Gesellschaften werden bestenfalls bevölkerungsreich, bleiben aber materiell arm. – In post-malthusianischen Gesellschaften hingegen nimmt wirtschaftlicher Fortschritt eine ganz andere Form an: Hier kommen die Menschen in den Genuss eines nachhaltig steigenden Lebensstandards. Und damit betreten wir eine völlig andere Welt. Das radikal Neue an der modernen, post-malthusianischen Gesellschaftsformation sehe ich darin, dass sich damit eine Emanzipation der Menschheit von ihrer biologischen Vergangenheit verbindet, weil wir – anders als Tierpopulationen – nun erstmals nicht mehr durch die malthusianische Logik determiniert sind: Wir sind dieser Determiniertheit buchstäblich „entwachsen“.

**auf + ab: Das hört sich sehr positiv an. Aber viele Zeitgenossen stehen dem Phänomen des Wachstums doch eher skeptisch gegenüber. Wie erklären Sie sich das?**

IP: Sie haben Recht. Gerade in materiell reichen Gesellschaften gibt es Wachstumsskepsis, Wachstumskritik und sogar Wachstumsfeindlichkeit. Das hat mehrere Gründe. Zum einen operiert die moderne Gesellschaft im permanenten Krisenmodus. Ihre Dynamik erzeugt stets neue Herausforderungen, die bewältigt werden müssen. Das ist anstrengend. Manche reagieren darauf mit der Sehnsucht, aus diesem Prozess auszusteigen.

**auf + ab: Und der zweite Grund?**

---

\* Dieses Interview soll demnächst in der Zeitung „auf + ab“ abgedruckt werden, die der „Akademische Börsenkreis, Universität Halle e.V.“ herausgibt, eine Studierenden-Initiative an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Die Fragen stellte Jean-Luc Würz.

IP: Zum anderen liegt eine wichtige Ursache darin, dass die öffentlichen Debatten unter einer folgenschweren Begriffsverwirrung leiden, die leicht zum Diskursversagen führt. Dem umgangssprachlichen Wachstumsbegriff liegt die Vorstellung von „extensive growth“ zugrunde, also die Idee, dass mehr Output durch mehr Input erzeugt wird. Gedanklich stößt man da schnell auf die „Grenzen des Wachstums“. – Wenn ich von Wachstum rede, meine ich aber etwas ganz anderes. Ich habe „intensive growth“ vor Augen, also mehr Output bei gleichbleibendem oder sogar verringertem Input. Für mich bedeutet Wachstum, dass wir nicht eine bestimmte Produktionsfunktion entlangwandern, sondern die Produktionsfunktion verschieben, indem wir technologische oder organisatorische Neuerungen zum Einsatz bringen. Das moderne Wachstum ist primär wissensgetrieben, „knowledge-based growth“. Wenn Sie sich auf diese Perspektive einlassen, dann schauen Sie nicht auf die „Grenzen des Wachstums“, sondern auf das „Wachstum der Grenzen“. Wachstum wandelt sich dann von einer Problemursache zur Problemlösung. Das gilt insbesondere für den Umweltschutz, weil nur Wachstum für die nötige Entkopplung von Lebensstandard und Ressourcenverbrauch sorgen kann. Um es so klar wie möglich zu sagen: Eine wirksame Klimapolitik ist auf forcierte Innovationen angewiesen. Ohne intensives Wachstum, ohne neue Technologien wird es nicht gelingen, eine demokratische Grundverfassung und eine De-Karbonisierung der Wirtschaft zu vereinbaren.

**auf + ab: Sie halten Post-Wachstums-Konzepte und „De-Growth“ für unrealistisch?**

IP: Nicht nur das. Ich halte sie sogar für moralisch fragwürdig. Lassen Sie mich das kurz begründen. Wir müssen zwei Fälle unterscheiden. Im ersten Fall lehnt jemand unser Zivilisationsmodell ab und verbindet damit, an sich selbst den Anspruch zu stellen, sich dem kapitalistischen System arbeitsteiliger Zusammenarbeit zu entziehen, auf wirtschaftliche Selbstversorgung zu setzen und materiell möglichst bescheiden zu leben. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden. Ich würde lediglich mit einem Aphorismus Friedrich Nietzsches kommentieren: „Der Asket macht aus der Tugend eine Noth.“<sup>1</sup> Und ich würde die Beobachtung anfügen, dass die meisten Aussteiger, die sich in die Abgeschiedenheit einer Alm oder Insel zurückziehen, sicherheitshalber ihr Handy mitnehmen, um im Fall von Zahnschmerzen den Rettungshubschrauber rufen zu können. Jedenfalls ist mein Eindruck, dass auch die Prediger der Enthaltensamkeit nur selten bereit sind, im Ernstfall auf die Segnungen der Zivilisation zu verzichten.

**auf + ab: Und der zweite Fall?**

IP: Der besteht darin, dass man an andere den Anspruch erhebt, Verzicht zu leisten, und dass man einen solchen Verzicht, der ja üblicherweise nicht freiwillig erfolgt, dann mit den Mitteln der Politik für andere verbindlich zu machen versucht. Da hört für mich der Spaß auf. Und zwar vor allem deshalb, weil man hier einen Weg beschreitet, an dessen Ende nicht Demokratie, sondern Diktatur steht – und dann auch noch die moralisch bedenklichste Form von Diktatur, nämlich die des guten Gewissens. Nicht alle Vertreter von De-Growth-Utopien sind intellektuell so ehrlich wie der Philosoph Hans Jonas, der

---

<sup>1</sup> Vgl. Friedrich Nietzsche (1878): Menschliches, Allzumenschliches, Erster Band, Zweites Hauptstück, Aphorismus 76, <http://www.nietzschesource.org/#eKGWB/MA-39>

ganz offen für eine „wohlwollende, wohlinformierte und von der richtigen Einsicht be-seelte Tyrannis“<sup>2</sup> plädierte, weil er sich einen wirksamen Umweltschutz anders nicht vor-stellen konnte. Aber anstatt darauf zu setzen, die politische und wirtschaftliche Logik bewährter Wettbewerbssysteme in Wirtschaft und Politik außer Kraft zu setzen, sollten wir unsere (gerade auch moralische) Energie darauf richten, diese Systeme – also Markt und Demokratie – für den Umweltschutz noch weitaus besser in Dienst zu nehmen, als es bislang schon der Fall ist.

**auf + ab: Noch mal zurück zur Industriellen Revolution, der wir, wie Sie sagen, den Übergang zur post-malthusianischen Gesellschaft verdanken: Was hat das Aufkom-men von Innovation vor der Industriellen Revolution verhindert?**

IP: Kreativ sind die Menschen immer schon gewesen. Aber damit neue Ideen sich auch tatsächlich in neuen *Produkten* – sowie in neuen Produktions- und Organisations-*Verfah-ren* – niederschlagen können, müssen mehrere Voraussetzungen erfüllt sein. Erstens kommt es – gleichsam auf der Angebotsseite – darauf an, wie viele neue Ideen entstehen und dann gesellschaftlich zugelassen sowie schließlich praktisch ausprobiert werden. Zweitens kommt es – gleichsam auf der Nachfrageseite – darauf an, ob eine Bereitschaft besteht, sich für Neuerungs-Angebote zu öffnen, oder ob man stattdessen strikt am über-kommenen Status quo festhält und dann Innovationen die soziale Akzeptanz verweigert.

**auf + ab: Gut. Beginnen wir mit der Nachfrageseite. Was war hier ausschlaggebend?**

IP: Das Aufkommen von Neophilie, verstanden als Aufgeschlossenheit, als Offenheit für Neuerungen. Es handelt sich um eine bürgerliche Tugend, die noch unter Bedingungen der Adelsgesellschaft ihren Durchbruch geschafft hat. Sie müssen bedenken: Jede Inno-vation stößt naturgemäß auf Widerstand, weil eine eingespielte Praxis in Frage gestellt wird. Da ist entscheidend, ob die Veto-Spieler die Oberhand behalten, oder ob wir es einzelnen Akteuren erlauben, die Praxis zu ändern. Die Gretchenfrage ist, ob Innovation toleriert wird, oder ob man ihr die gesellschaftliche Akzeptanz verweigert. Dann wird jeder Fortschritt – natürlich im Namen der Moral – unterbunden.

**auf + ab: Okay. Wechseln wir zur Angebotsseite. Was hat sich hier ereignet?**

IP: Ich würde zwei Faktoren anführen. Erstens ist die Industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts ein Kind der Wissenschaftsrevolution, deren Anfänge auf das 17. Jahrhun-dert zu datieren sind. Hier hat man es mit einem langen Aufschaukelungsprozess zu tun, der immer neue Ideen entstehen lässt. Wir haben mühsam gelernt, wie man Wissenschaft als ein Verfahren konstruktiver Kritik kreativ und produktiv einsetzen kann.

**auf + ab: Und der zweite Angebotsfaktor?**

---

<sup>2</sup> Jonas (1979, S. 262).

IP: Zweitens würde ich darauf verweisen, dass wir in Rechtsstaaten das Unternehmen als Organisation mit einer prinzipiell unendlichen Lebenserwartung ausstatten und dass wir dann so waghalsige Einrichtungen wie Haftungsbeschränkung eingeführt haben. Auch dass wir es dem Unternehmen erlauben, sein Interessenspektrum eindimensional auf Vermögenswertmaximierung – oder umgangssprachlich verkürzt: auf Gewinnmaximierung – zu verengen, ist eine zivilisatorische Errungenschaft allerhöchster Güte.

**auf + ab: Das müssen Sie bitte erläutern.**

IP: Unternehmen sind die Promotoren wirtschaftlichen Wachstums. Sie betreiben Wertschöpfung im gesellschaftlichen Auftrag. Gewinnmaximierung ist aus Sicht der Unternehmen ein Ziel. Aber aus Sicht der Gesellschaft ist diese Gewinnmaximierung ein Mittel, das wir als Anreizinstrument nutzen. Wir setzen die Unternehmen gezielt unter Wettbewerbsdruck. Im Klartext heißt das, dass wir für sie – wohlgemerkt: nicht für die Unternehmer als Personen, wohl aber für die Unternehmen als Organisationen – die Todesstrafe verhängen, sofern sie nicht die Erwartung rechtfertigen können, zukünftig zumindest einen (abdiskontierten) Nullgewinn zu erwirtschaften.

**auf + ab: Wenn das gesellschaftliche Ziel nicht darin besteht, den Unternehmensgewinn zu maximieren, worin besteht es dann?**

IP: Das gesellschaftliche Mandat an die Unternehmen umfasst zwei Aufgaben, die man mit den Begriffen „Produktionseffizienz“ und „Innovationsdynamik“ umreißen kann. Die erste Aufgabe besteht darin, die Produktion an den Wünschen der Konsumenten auszurichten und hierbei mit den in der Produktion eingesetzten Ressourcen möglichst sparsam umzugehen. Die zweite Aufgabe besteht darin, neue Produkte und Produktionsverfahren auszuprobieren. Und für beide Aufgaben ist der Wettbewerb von entscheidender Bedeutung. Erstens zwingt er die Unternehmen, Konsumentensouveränität zu fördern und Kostendisziplin umzusetzen. Und zweitens zwingt er sie, sich auf das Wagnis von Neuerungen einzulassen. Der Innovationswettbewerb sorgt für Wachstum, und der Effizienzwettbewerb sorgt für die Diffusion unternehmerischer Wachstumserfolge.

**auf + ab: Das müssten Sie bitte erläutern.**

IP: Okay. Lassen Sie mich kurz vorausschicken, dass ich hier den volkswirtschaftlichen und nicht den betriebswirtschaftlichen Gewinnbegriff verwende.

**auf + ab: Wo liegt der Unterschied?**

IP: Die VWL definiert Gewinn als Differenz von Umsatz und Kosten. Die BWL hingegen klammert aus ihrer Gewinndefinition zwei Kostengrößen aus: die Opportunitätskosten für die vom Unternehmer eingesetzte Arbeitskraft, also den entgangenen Lohn, sowie die Opportunitätskosten für das im Unternehmen eingesetzte Eigenkapital, also die entgangenen Zinsen. Diese beiden Kostenarten werden betriebswirtschaftlich dem Gewinn zu-

geschlagen. Dass BWL und VWL hier – aus jeweils guten Gründen – mit unterschiedlichen Definitionen arbeiten, sorgt nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern schon in der Wissenschaft für zahlreiche Missverständnisse und Konfusionen. Wenn ein Unternehmen exakt Nullgewinn im betriebswirtschaftlichen Sinn macht, befindet es sich im Krisenmodus, weil die Eigenkapitalgeber Alarm schlagen. Bei Nullgewinn im volkswirtschaftlichen Sinn hingegen befindet sich das Unternehmen in der komfortablen Situation, alle Ansprüche seiner Interaktionspartner befriedigen zu können. Dies setzt natürlich eine geeignete Rahmenordnung voraus. Ansonsten entstehen externe Effekte, also gesellschaftliche Kosten für die Inanspruchnahme von Ressourcen, die nicht das Unternehmen trägt (und den Kunden folglich auch nicht in Rechnung stellt).

### **auf + ab: Wie steht es nun um die Diffusion unternehmerischer Wachstumserfolge durch Wettbewerb?**

IP: Unter bestimmten Bedingungen, die man mit Hilfe ökonomischer Modellbildung genau spezifizieren kann (z.B. konstante Skalenerträge), führt der statische Effizienzwettbewerb durch den Markteintritt immer neuer Unternehmen langfristig zu Nullgewinn (im volkswirtschaftlichen Sinne). Im betriebswirtschaftlichen Sinne ließe sich von Renditenormalisierung sprechen. Gemeint ist jeweils das gleiche Phänomen: Die Lukrativität nimmt ab und verschwindet schließlich ganz. Dem können sich Unternehmen nur entziehen, indem sie sich dem Innovationswettbewerb stellen. Folglich investieren sie in eigene Neuerungen und sind zudem bestrebt, die erfolgreichen Neuerungen anderer möglichst schnell zu imitieren. Dieser Imitationsprozess lässt die Pioniergewinne wieder abschmelzen. Langfristig läuft das alles wieder auf (volkswirtschaftlichen) Nullgewinn heraus. Das aber bedeutet, dass die Unternehmen ihre Innovationsrenten systematisch an zwei Seiten abgeben: auf der Inputseite an ihre Mitarbeiter, die in den Genuss höherer Löhne und attraktiverer Arbeitsbedingungen kommen; und auf der Outputseite an ihre Kunden, die in den Genuss von Gütern und Dienstleistungen kommen, deren Qualität steigt und deren Preis sinkt.

### **auf + ab: Bei Karl Marx liest man das anders.**

IP: Ja, aber Karl Marx hat der Marktwirtschaft nun einmal eine gigantische Fehldiagnose gestellt. Für Marx ist der Kapitalismus ein System zur Ausbeutung der Arbeiter. Seine Begründung: Die Arbeiter erzeugen den Mehrwert, und die Kapitalisten eignen sich diesen Mehrwert an. Denn aufgrund der industriellen Reservearmee drückt die Konkurrenz der Arbeiter ihren Lohn auf das Subsistenzniveau. Sie sind die Sklaven des Systems, weil sie (zumindest einen Teil ihrer) Arbeit ohne Entgelt leisten müssen. – Sofern man an diesem Ausbeutungsbegriff festhalten mag, gilt dann folgerichtig: Im Kapitalismus werden nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmen ausgebeutet. Denn sie sorgen für Innovationen und schaffen damit Mehrwert. Aber der Wettbewerb zwingt sie, ihre Innovationsrenten diffundieren zu lassen. Vor allem Mitarbeiter und Kunden profitieren davon. *Deshalb* steigt der allgemeine Lebensstandard. Im Klartext: Der Kapitalismus hat die Arbeiter nicht verarmt und verelendet. Vielmehr hat er ihnen das Überleben ermöglicht und ihnen sogar Wohlstand gebracht. Sie sind nicht die Opfer, sondern die Nutznießer des Systems. Sie leben besser und gesünder und länger und komfortabler. Ausbeutung sähe anders aus.

**auf + ab: Die Unternehmen können die von ihnen erwirtschafteten Gewinne nicht behalten?**

IP: Nicht auf Dauer. Man kann es auch so ausdrücken: Marx wollte eine Enteignung der Kapitalisten. Er wollte das Eigentum an Produktionsmitteln vergesellschaften, also sozialisieren. Dem liegt ein grandioses Missverständnis zugrunde. Denn die Marktwirtschaft *ist* bereits eine Veranstaltung zur Enteignung der Kapitalisten. Allerdings wird nicht ihr Eigentum an den Produktionsmitteln enteignet, sondern der Gewinn, den sie aufgrund dieses Eigentums erwirtschaften. Und es wird nicht von heute auf morgen enteignet, mit einem Schlag oder mit einem Federstrich. Stattdessen findet ein gradueller Prozess statt, der die Unternehmen zur gesellschaftlichen Diffusion ihrer Wertschöpfungsrenten zwingt. Das kann man übrigens schon bei Ludwig Erhard nachlesen, der die Soziale Marktwirtschaft nicht zufällig oder blindlings eingeführt hat, sondern aus einer ökonomisch aufgeklärten Überzeugung heraus. Er schreibt: „Auf dem Wege über den Wettbewerb wird – im besten Sinne des Wortes – *eine Sozialisierung des Fortschritts und des Gewinns* bewirkt“<sup>3</sup>.

**auf + ab: Aber wie sieht es mit der Ausbeutung im globalen Kontext aus?**

IP: Würde das westliche Zivilisationsmodell auf Ausbeutung beruhen, dann wäre die globale Produktionsleistung gesunken, nach dem Motto: Die Reichen werden reicher, und die Armen werden ärmer. Denn wenn man Menschen dauerhaft etwas wegnimmt, dann schränken sie ihre Leistung ein. Bildlich gesprochen, würde der globale Kuchen durch eine ausbeuterische Re-Distribution schrumpfen. Er ist aber nicht geschrumpft, sondern gewachsen. Und sogar überaus stark gewachsen, so dass das globale Pro-Kopf-Einkommen in den letzten 200 Jahren um den Faktor 12,5 angestiegen ist. Wohlgemerkt: nicht um 12 %, sondern um ca. 1.200 % (präzise: um 1.150 %).

**auf + ab: Trotzdem gibt es immer noch extreme Armut.**

IP: Ja, das ist leider so. Aber die extreme Armut nimmt ab. Und zwar ausgesprochen rasant. Die Reichen werden reicher, aber die Armen werden auch reicher. Sie und Ihre Mitstudierenden sind die erste Generation, die vermutlich erleben darf, dass die extreme Armut – seit Menschengedenken eine Geißel der Menschheit – erstmals für alle Menschen auf diesem Planeten überwunden wird.

**auf + ab: Man kann dem westlichen Zivilisationsmodell auch kritischer gegenüberstehen. Was sagen Sie zu Sklaverei und Patriarchat?**

IP: Ich würde so antworten: Die Sklaverei wurde nicht vom Westen erfunden. Sie wurde vom Westen abgeschafft. Das Patriarchat wurde nicht vom Westen erfunden. Es wurde vom Westen abgeschafft. Und so könnte man fortsetzen: Die Todesstrafe für kriminelle

Mitbürger wurde nicht vom Westen erfunden. Sie wurde vom Westen abgeschafft. Systematische Diskriminierung nach Rasse und Geschlecht, nach Konfession und Status, nach Gruppenzugehörigkeit, Einkommen, Aussehen usw. – all das wurde nicht vom Westen erfunden. Aber es wurde vom Westen abgeschafft. Hier reiht sich auch der Kolonialismus ein, wahrlich kein Ruhmesblatt des Westens. Aber militärische Beutezüge gab es seit Menschengedenken. Demgegenüber ist kosmopolitische Kooperation, gestützt auf freiwilligen Austausch über Märkte, eine genuin westliche Idee. Die westliche Zivilisation gibt nicht mehr dem Recht des Stärkeren, sondern der Stärke des Rechts den Vorzug. Der Westen hat die Gleichheit vor dem Gesetz erfunden, die Meinungsfreiheit, die Religionsfreiheit, die Toleranz, den Individualismus, den Minderheitenschutz, die Menschenwürde, die Menschenrechte, die Emanzipation, den Rechtsstaat, die Demokratie, die moderne Wissenschaft usw. Denken Sie nur an eine so profane, aber folgenreiche Innovation wie die Einführung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit. Das westliche Zivilisationsmodell ist keineswegs fehlerfrei; aber es beruht auf Prozessen der Fehlerkorrektur.

**auf + ab: Doch manchmal lässt die Fehlerkorrektur sehr lange auf sich warten.**

IP: Ja, zweifellos. Und selbst wenn sie begonnen hat, gelangt sie nicht immer schnell an ein glückliches Ende. Ich ziehe daraus den Schluss, dass man die im westlichen Zivilisationsmodell angelegten Prozesse der Fehlerkorrektur perspektivisch angemessen fokussieren muss. Damit verbinden sich zwei intellektuelle Herausforderungen. Erstens darf man sich vereinzelt Fakten und Missstände nicht nur isoliert anschauen, sondern muss sie wie einen Mosaikstein betrachten, um schließlich ein Gesamtbild ins Auge zu fassen. Und zweitens muss man den richtigen Zeithorizont wählen, um dem Faktum Rechnung zu tragen, dass Fehlerkorrekturen bei schwierigen Problemen Jahre und Jahrzehnte benötigen können, weil es ja schließlich darauf ankommt, das Denken und Handeln zahlreicher Menschen breitenwirksam zu verändern. Zwischen der Magna Carta Libertatum (1215) und der amerikanischen Verfassung (1787) haben wir gut ein halbes Jahrtausend gebraucht, um eine rechtsstaatliche parlamentarische Demokratie auf die Beine zu stellen. Die Konstitu(tionalis)ierung des (institutionellen) Fortschritts benötigt Zeit. Aber immerhin: Heute geht manches schneller. Ich erinnere nur an die rapide, teilweise sogar turbulente Veränderung der Sexualmoral und des Familienrechts im 20. Jahrhundert, insbesondere an die lange überfällige Entkriminalisierung und die dann vergleichsweise zügig erfolgte rechtliche Gleichstellung homosexueller Partnerschaften. Der Hoffnung auf instantane Weltverbesserung fehlt manchmal das historische Verständnis für den unter Realitätsbedingungen erforderlichen Zeithorizont institutioneller Reformen. Und Ungeduld kann Unverständnis erzeugen, so dass sich das Bewusstsein dafür trübt, dass wir uns in säkularen Fortschrittsprozessen befinden.

**auf + ab: Also ist für Sie alles im grünen Bereich?**

IP: Keinesfalls. Um bei Farbmotaphern zu bleiben: Ich bin nicht blauäugig. Aus meiner Sicht liegt manches im Argen. Ich gebe Ihnen nur zwei Beispiele: In Deutschland, aber auch in vielen anderen Ländern erklären wir bestimmte Drogen für illegal und verzichten mit dieser Kriminalisierung auf eine intelligente Regulierung des Marktes. Stattdessen nehmen wir einen völlig deregulierten Schwarzmarkt in Kauf – ohne Produzentenhaftung

und all das, was unter einem vernünftigen Regulierungsregime für Konsumentensouveränität und Verbraucherschutz sorgt. Ähnlich irrsinnig ist unser Umgang mit Organspenden. Geschenke lassen wir zu. Aber Tauschhandlungen werden kriminalisiert. Deshalb kann das Angebot mit der Nachfrage nach Spenderorganen nicht Schritt halten. Beide Beispiele weisen die Gemeinsamkeit auf, dass oberflächliche Vorurteile, mit denen gesellschaftliche Mehrheiten als authentisch empfundene moralische Gefühle verbinden, die Politik dominieren. Hier leisten wir uns Diskurse, die bekenntnisreich, aber kenntnisarm sind. Dies hat in beiden Fällen zur Folge, dass jedes Jahr allein in Deutschland Tausende Tote zu beklagen sind, die völlig unnötigerweise sterben. Als (Wirtschafts-)Ethiker motiviert mich die Einsicht, dass der Blutzoll mangelnder Aufklärung enorm hoch ist. Vor diesem Hintergrund bin ich sicher, dass zukünftige Generationen auf diese Beispiele engstirnigster Borniertheit mit einer ebenso großen Verblüffung zurückblicken werden, wie wir heute mit einem gewissen Unverständnis zur Kenntnis nehmen, dass vorherige Generationen Homosexualität kriminalisieren konnten. Würden wir kollektiv klar denken, anstatt uns mit oberflächlichen Schubladisierungen zufrieden zu geben, dann müssten wir in allen *drei* Fällen *das gleiche Prinzip anwenden* und davon Abstand nehmen, konsensuelle Handlungen unter Erwachsenen zu verbieten, zumal es in allen drei Fällen keine gravierenden Drittschädigungen gibt, die nicht durch Regulierung in den Griff zu bekommen wären.

**auf + ab: Bleiben wir bei den Missständen der westlichen Zivilisation. Wie steht es um die relative Armut?**

IP: Wer „relative Armut“ sagt, meint in Wirklichkeit „Ungleichheit“.

**auf + ab: Wir wollen nicht über Begriffe streiten, sondern Sie stattdessen fragen: Ist eine Schere zwischen Arm und Reich aus wirtschaftsethischer Sicht ein Unrecht?**

IP: Das kommt darauf an. Wir müssen zwischen Win-Lose- und Win-Win-Systemen unterscheiden. Wenn die Schere aufgeht, weil die Reichen den Armen etwas wegnehmen, dann ist das Unrecht. Historisch war das der Normalfall. Leider kommt so etwas durchaus auch heute noch vor, etwa wenn mancherorts indigene Bevölkerungsgruppen vertrieben werden, um Bodenressourcen einer anderen Nutzung zuzuführen. Dagegen muss man was tun. Wenn hingegen die Schere aufgeht, weil die Reichen den Armen vorangehen und sie mit sich ziehen, so dass es den Armen absolut besser geht, dann finde ich es sehr schwierig, das moralisch zu verurteilen. Denn ein solches Urteil würde bedeuten, dass es einem lieber wäre, wenn alle – Arme und Reiche – weniger hätten, so dass man eine allgemeine Armut auf gleichem Niveau einem allgemeinen Reichtum auf ungleichem Niveau vorziehen würde. Wer das wirklich in einem normativen Sinne für anstrebenwert hält, zieht eine (vermutlich erträumte) Vergangenheit der fortschrittlichen Gegenwart sowie der absehbaren Zukunft vor. Lassen Sie mich das mit Hilfe von zwei Gedankenexperimenten konkret machen.

**auf + ab: Einverstanden.**

IP: Erstes Gedankenexperiment. Nehmen wir den globalen Kontext: Würden Sie lieber im Jahr 1800 leben, also in einer Zeit, als alle Staaten auf diesem Planeten hinsichtlich ihres Pro-Kopf-Einkommens nahe beieinander waren? Oder würden Sie die Gegenwart bevorzugen – und dabei in Kauf nehmen, dass das Pro-Kopf-Einkommen weltweit sehr viel stärker streut? Legt man inflations- und kaufkraft-bereinigte US-Dollar des Jahres 2011 zugrunde, dann wird das Spektrum im Jahr 1800 begrenzt von Malawi mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 350 \$ und von den Niederlanden mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 4.230 \$ (Faktor 12). Im Jahr 2018 wird das Spektrum begrenzt von Somalia mit 629 \$ und von Luxemburg mit 99.000 \$ (Faktor 157). Bevor Sie diese Frage für sich selbst beantworten, bedenken Sie bitte: Im Jahr 1800 lag die durchschnittliche Lebenserwartung bei deutlich unter 40 Jahren (Gesamtbevölkerung: ca. 950 Mio. Menschen). Im Jahr 2018 betrug sie im globalen Durchschnitt bereits 71 Jahre (Gesamtbevölkerung: ca. 7,6 Mrd. Menschen).<sup>4</sup> Wie viele Menschen sind Sie bereit, zum Tode zu verurteilen, wenn Sie sagen, Ihnen sei Gleichheit so wichtig, dass sie ungleichen Fortschritt für alle ablehnen?

#### **auf + ab: Wie sieht das zweite Gedankenexperiment aus?**

IP: Ich greife hier auf Überlegungen zurück, die der Ökonom Don Boudreaux für die USA angestellt hat – und die sich leicht auf Deutschland übertragen lassen. Er vergleicht für die USA den Lebensstandard des Jahres 2015 mit dem des Jahres 1915 und stellt dann (sich und seinem Lesepublikum) die Frage, für wieviel Geld man wohl bereit wäre, sich mit einer Zeitmaschine 100 Jahre rückwärts zu begeben. Nach einigen Überlegungen gelangt er zu dem Schluss, dass er seine Gegenwart nicht einmal dann zugunsten der Vergangenheit aufgeben würde, wenn er im Jahr 1915 als John D. Rockefeller leben könnte, also als einer der damals reichsten Menschen.<sup>5</sup> – Man mache selbst die Probe aufs Exempel: Wieviel Geld müsste man uns bieten, damit wir freiwillig auf all die Annehmlichkeiten der Moderne verzichten würden, die es im Jahr 1915 noch nicht gab? Danach nehme man als Zieldatum der Zeitmaschine das Jahr 1800. Wer dieses Gedankenexperiment ernsthaft durchspielt, wird schnell finden, wie vorzugswürdig die Gegenwart ist. Man führe sich nur vor Augen, wie hoch damals die Kindersterblichkeit war und wie beschwerlich die physische Arbeit, für Männer *und* Frauen, weil es damals noch keine Elektrizität gab und kaum arbeitsentlastende Maschinen (für Fabriken *und* Haushalte), aber auch keine wirksamen Schmerzmittel und insbesondere keine Anästhesie für Operationen – ganz abgesehen davon, dass in Europa die Napoleonischen Kriege bevorstanden.

#### **auf + ab: Sie sagen also, Ungleichheit ist nicht ungerecht oder unfair, solange die Armen absolut bessergestellt werden?**

IP: So lautet die klassische Position des Gerechtigkeitstheoretikers John Rawls. Er lenkt den Tugendbegriff von Handlungen und Handlungsgesinnungen auf die institutionellen Handlungsbedingungen der Gesellschaftsordnung – mit folgender Pointe: „Die Art und Weise, wie wir über Fairness im Alltag denken, ist eine schlechte Vorbereitung für den

<sup>4</sup> Vgl. [https://www.gapminder.org/tools/#\\$state\\$time\\$value=1800;.&chart-type=bubbles](https://www.gapminder.org/tools/#$state$time$value=1800;.&chart-type=bubbles)

<sup>5</sup> Vgl.

großen Perspektivenwechsel, der erforderlich ist, wenn die Gerechtigkeit der [institutionellen] Grundstruktur selbst betrachtet werden soll.“<sup>6</sup> Rawls will damit sagen, dass wir unserem Bauchgefühl nicht vertrauen dürfen, weil es unterschiedliche Formen von Ungleichheit gibt, die wir konzeptionell auseinanderhalten müssen, wenn wir gravierende Denkfehler vermeiden wollen.

**auf + ab: Das müssten Sie bitte erläutern.**

IP: Es kommt darauf an, ob Ungleichheit durch Ungleichbehandlung zustande kommt oder durch Gleichbehandlung. Einige Menschen können besser Klavier spielen als andere, einige können schöner zeichnen oder schneller laufen oder besser rechnen oder müheloser Fremdsprachen lernen als andere. Aber das ist nicht unfair. Das ist nichts, worauf man mit Egalisierung reagieren müsste. Vielmehr sind wir als Gesellschaft gut beraten, solche Ungleichheiten zu *kultivieren*. In der Marktwirtschaft kommen nicht nur die Spezialisten, sondern gerade auch das allgemeine Publikum – die Kundschaft – in den Genuss solcher Spezialisierungsvorteile. Entscheidend ist, dass hier keine künstliche Privilegierung erfolgt, dass die Wettbewerbsprozesse für neue Konkurrenten offen gehalten werden und dass die Wertschöpfungsrenten gesellschaftlich diffundieren.

**auf + ab: In der Psychologie spricht man von „Ungleichheitsaversion“.**

IP: Ja, aber das ist zu undifferenziert. Damit werden zu viele Dinge begrifflich in einen Topf geworfen, die man tunlichst unterscheiden sollte. Einige der Phänomene, die man hier anspricht, könnte man klassisch auch unter der Kategorie „Neid“ verbuchen, also nicht als Tugend, sondern als moralisches Laster (dis-)qualifizieren.<sup>7</sup> Darauf reagiert man mit Erziehung, aber nicht mit der gesellschaftlichen Einladung, Neidkomplexe auszuleben. Im Übrigen gibt es sehr gute Forschung von Psychologen über den blinden Fleck der Literatur zur „Ungleichheitsaversion“.<sup>8</sup> Wenn man genau hinschaut, bezieht sich die Aversion nämlich nicht auf Ungleichheit, sondern auf Ungerechtigkeit. Das sieht man schon daran, dass viele Menschen es als ungerecht empfinden, wenn trotz unterschiedlicher Leistung das Gruppenprodukt gleichverteilt wird. Hier wird typischerweise Ungleichheit präferiert! Meine Quintessenz lautet: Evolutionär bedingt haben wir eine Neigung zu ökonomischen Fehlurteilen, die wir zudem auch noch für moralisch halten. Das betrifft insbesondere gesellschaftspolitische Debatten. Hier müssen wir lernen, viel konsequenter zwischen Ergebnisgleichheit und Verfahrensgerechtigkeit zu unterscheiden. Unser Zivilisationsmodell – und insbesondere der Erfolg unseres Zivilisationsmodells – beruht darauf, im Konfliktfall der Verfahrensgerechtigkeit den Vorzug vor der Ergebnisgleichheit zu geben.

**auf + ab: Was heißt das für die Ethik?**

---

<sup>6</sup> Rawls (1992; S. 129).

<sup>7</sup> Mill (1859, 2009; S. 133) sprach vom Neid als „that most anti-social and odious of all passions, envy“.

<sup>8</sup> Vgl. Starmans et al. (2017). Vgl. auch Boyer und Petersen (2018).

IP: Die Ethik, verstanden als Theorie der Moral, muss auf Distanz zu ihrem Gegenstand gehen. Dann erst gewinnt man den Spielraum, zwei Fragen zu stellen, die sich komplementär zueinander verhalten. Die erste thematisiert die Moraltauglichkeit unserer Gesellschafts(strukturen), die zweite thematisiert – genau spiegelbildlich – die Gesellschaftstauglichkeit unserer Moral(kommunikation). Bei der ersten Fragestellung geht es darum, unsere gesellschaftlichen Institutionen, die Ordnung des Handelns, an die Ordnung des Denkens anzupassen. Bei der zweiten Fragestellung geht es darum, geradewegs umgekehrt die Ordnung des Denkens an die Ordnung des Handelns anzupassen. Nur so kann Ethik sich konstruktiv(istisch) darauf einstellen, dass die moderne Gesellschaft auf einem Lernprozess beruht, in dem sich moralische Ideen und gesellschaftliche Institutionen ko-evolutiv entwickeln und wechselseitig aufeinander einstellen (müssen).

#### **auf + ab: Ihre ordonomische Ethik kritisiert moralische Urteile?**

IP: Nicht nur, aber auch. Wir unterscheiden *drei Problemstellungen* der Moral. Die historisch älteste betrifft das gruppeninterne Disziplinierungsproblem, Mitglieder vom Trittbrettfahren abzuhalten. Das ist die „Tragedy of the Commons“. Durch unsere evolutionäre Vergangenheit sind wir genetisch mit Emotionen ausgestattet, die dieses Problem lösen helfen, angefangen vom Schamgefühl, als Trittbrettfahrer enttarnt zu werden, bis hin zum Bestrafungsinstinkt, gruppenschädliches Verhalten zu sanktionieren. In diesem Kontext ist Moral ein Durchsetzungsmechanismus für Gruppennormen.

#### **auf + ab: Wie sieht die zweite Problemstellung der Moral aus?**

IP: Das ist das, was Joshua Greene als „Tragedy of Commonsense Morality“ bezeichnet.<sup>9</sup> Hier treffen zwei Gruppen mit unterschiedlichen Gruppennormen (und Moralvorstellungen) aufeinander. Das ist die erste Konstellation, in der moralische Gefühle dysfunktional werden können. Hier werden Mitglieder anderer Gruppen instinktiv als Normverletzer verurteilt, weil sie nicht die Normen meiner Gruppe, sondern die Normen ihrer eigenen Gruppe befolgen. In diesem Kontext empfiehlt Greene, von schnellem Denken auf langsames Denken umzuschalten. Man kann es auch so ausdrücken: Hier muss der Diskurs kategorial umgestellt werden. Anders, als unsere Emotionen uns fühlen lassen, geht es hier ja nicht darum, eine bereits etablierte Norm auch für Außenseiter verbindlich zu machen. Sondern es geht darum, neue Meta-Normen zu (er-)finden, die es unterschiedlichen Gruppen ermöglichen, friedlich und produktiv zusammenzuleben. Situativ betrachtet, besteht das moralische Problem hier nicht in der Normbefolgung, sondern in der Normfindung. Damit wird ein kategorialer Ebenenwechsel erforderlich: von *Wertekonsens* auf *Regelkonsens*.<sup>10</sup>

#### **auf + ab: Wie sieht die dritte Problemstellung der Moral aus?**

IP: Die dritte Problemstellung betrifft das, was ich als *Moralparadoxon der Moderne* bezeichne.

<sup>9</sup> Vgl. hierzu das grundlegende und extrem empfehlenswerte Buch von Greene (2013).

<sup>10</sup> Vgl. Pies (2012).

**auf + ab: Was verstehen Sie darunter?**

IP: Als Moralparadoxon der Moderne bezeichne ich das Phänomen, dass die moderne Gesellschaft wie keine Gesellschaftsformation vor ihr moralische Anliegen verwirklicht und dennoch wie keine Gesellschaftsformation vor ihr auf moralische Vorbehalte stößt. Auch hier können moralische Gefühle dysfunktional werden.

**auf + ab: Könnten Sie das bitte erläutern?**

IP: Über Greene hinausgehend können wir eine weitere Problemkonstellation identifizieren. Sie betrifft reale oder vermeintliche Konflikte zwischen unserer traditionellen Moral und den Funktionserfordernissen unserer gesellschaftlichen Wettbewerbssysteme in Wirtschaft und Politik, Wissenschaft und Kultur. Am Beispiel: Für die traditionelle Moral ist Familiensolidarität ein wichtiger Wert. Aber in der modernen Gesellschaft wird das teilweise anders kontextualisiert. Wenn ein Personalchef seine Familienmitglieder anderen Mitarbeitern vorzieht, kriminalisieren wir das als Nepotismus. Gruppeninterne Reziprozitätsnormen gelten dann auf einmal als Korruption. Vorbehalte gegenüber Fremden werden als Diskriminierung gebrandmarkt. Hier findet eine massive Umwertung von Werten statt. Strukturkonservative interpretieren das als Werteverfall. Aber wenn man genau hinschaut, dann geht es doch letztlich nur darum, für moralische Anliegen ganz neue Wege der Verwirklichung zu beschreiten, die sich gegenüber der auf moralische Motive setzenden Tradition in zahlreichen Fällen als weitaus leistungsfähiger bewährt haben. Indem wir Wettbewerbssysteme einsetzen, entkoppeln wir Handlungsmotive von Handlungsergebnissen und steuern letztere primär über Institutionen und ihre Anreizwirkungen. Wir setzen in vielen Notfällen nicht mehr primär oder gar ausschließlich auf Familiensolidarität und Nachbarschaftshilfe, sondern auf Sozialstaat und Versicherungsmarkt. Aber das ist nicht Rückschritt, sondern Fortschritt, und zwar gerade auch aus moralischer Perspektive. Mein Argument ist: Märkte ermöglichen Solidarität unter Fremden.<sup>11</sup> Sie helfen uns, die traditionelle Nächstenliebe zur (institutionalisierten) Fernstenliebe zu erweitern. Märkte übernehmen – anreizbedingt – die *Funktion* von Empathie, ohne auf das handlungsleitende *Motiv* der Empathie angewiesen zu sein. The proof of the pudding is in the eating.

**auf + ab: Was heißt das für unsere Demokratie?**

IP: In der modernen Gesellschaft haben wir bei wettbewerblichen Systemphänomenen massive Zurechnungsprobleme, weil unsere moralischen Instinkte, Emotionen und Intuitionen uns hier tendenziell in die Irre führen. Das liegt daran, dass sie in anderen Sozialkontexten entstanden sind. Deshalb müssen wir lernen, mit dieser genetischen Ausstattung vernünftiger umzugehen. Solange uns das misslingt, läuft die Demokratie Gefahr, dass Menschen mit gutem Gewissen und scheinbar moralischen Argumenten durch ihre Systemopposition der tatsächlichen Verwirklichung moralischer Anliegen einen Bären-

---

<sup>11</sup> Vgl. Pies (2015).

dienst erweisen. Die gesellschaftlichen Lernprozesse können durch Diskursversagen entgleisen. Wir beobachten dann Tugendterror, Hexenjagden und Moralpaniken sowie Angstexzesse, Empörungswellen und Wutepidemien.

**auf + ab: Ist nur das Wirtschaftssystem emotionalem Widerstand ausgesetzt?**

IP: Nein. Eine gefühlsbedingte Systemopposition gibt es auch gegen andere Funktionsbereiche der modernen Gesellschaft, etwa gegen den Rechtsstaat. Das sehen Sie daran, wenn nach einem Kinderschänderprozess Autoaufkleber die Todesstrafe fordern. Oder wenn angesichts verbreiteter Politik(er)verdrossenheit nach dem starken Mann gerufen wird, um der Demokratie Beine zu machen. Aber im Unterschied dazu gilt es (merkwürdigerweise) nicht als unschicklich – sondern, wenn das Wortspiel erlaubt ist, als *très chic* –, Systemopposition gegen die Marktwirtschaft zu formulieren. In dieser Hinsicht gibt es eine erklärungsbedürftige Asymmetrie zwischen Rechtssystem, Politiksystem und Wirtschaftssystem. Kurzfristig betrachtet haben wir es mit einem Kollateralschaden der internationalen Finanzkrise 2008 zu tun, die zu einem öffentlichen Ansehensverlust der Wirtschaft – und auch der Wirtschaftswissenschaften – geführt hat. Aber bei langfristiger Betrachtung fällt auf, dass die Marktwirtschaft schon im Kaiserreich keinen guten Ruf hatte, von der Weimarer Republik ganz zu schweigen, so dass wir es – rein innerdeutsch betrachtet – mit einem „Normalisierungs“-Prozess zu tun haben, der in unserer Kultur (eines deutschen Sonderweges) tief verwurzelt zu sein scheint und nichts Gutes verheißt.

**auf + ab: Bezogen auf die Gegenwart: Welche Rolle spielt die Berichterstattung in den Medien?**

IP: Die seriösen Printmedien sind in den letzten Jahren durch die Digitalisierung massiv unter Druck geraten. Das alte Geschäftsmodell der Werbefinanzierung ist für sie passé. Sie müssen jetzt neue Finanzierungslösungen entwickeln. Einstweilen streichen sie ihr Korrespondentennetzwerk zusammen und dünne ihre Fachredaktionen aus. Berichterstattung wird durch Meinungsmache ersetzt, weil es billiger ist, Kommentare zu verfassen, als Fakten zu recherchieren. Sogar im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, das ja über Zwangsgebühren finanziert wird und deshalb eigentlich zu besonders hohen Standards verpflichtet sein müsste, gibt es eine deutliche Tendenz zu einem politisch engagierten Gesinnungsjournalismus. Das ist das erste Problem. Das zweite besteht darin, dass „social media“ ganz neue Formen der (Moral-)Kommunikation ermöglicht. Zum einen können wir in Echokammern unseren „confirmation bias“ ausleben, indem wir uns vorwiegend nur noch in Informationsumwelten bewegen, in denen wir unsere (Vor-)Urteile bestätigt finden. Zum anderen können wir auf dramatisch erweiterten Resonanzflächen „virtue signaling“ betreiben.

**auf + ab: Was ist daran problematisch?**

IP: In der Gesellschaft wird zunehmend Binnenkommunikation mit Außenkommunikation verwechselt. Das an die eigene Gruppe gerichtete „virtue signaling“ wird von anderen Gruppen als Normverletzung interpretiert und löst dann heftige Reaktionen aus, die wiederum auf der anderen Seite als Normverletzung interpretiert werden, so dass sich die

Konfusionen (und Adrenalinpegel) wechselseitig hochschaukeln. Auf diese Weise tragen die Medien gegenwärtig zu einer Polarisierung gesellschaftlicher Diskurse bei. – So ungefähr lautet die Diagnose, wenn ich als Ethiker durch die theoretische Brille schaue, die uns Joshua Greenes „Tragedy of Commonsense Morality“ anbietet.

**auf + ab: Was sehen Sie, wenn Sie die ordonomische Brille des dritten Moralproblems aufsetzen?**

IP: Nimmt man die Perspektive des Moralparadoxons der Moderne ein, dann sieht man vor allem, wie Empörungsdiskurse das Systemvertrauen erodieren lassen. Es gibt eine gewisse Tendenz, Experten gar nichts mehr zu glauben. In subkulturellen Gruppen unterschiedlichster Art vergewissert man sich – und bestätigt sich kollektiv –, dass man selbst es besser weiß als die Fachleute, die man bestenfalls für ignorant und schlimmstenfalls für korrupt hält. Und das ist mittlerweile – quer über das gesamte politische Spektrum – ein weit verbreitetes Massenphänomen geworden, von den Impfskeptikern und Feinden der Pharmaindustrie über die trotz kontinuierlich steigender Lebensmittelsicherheit mittlerweile auf Dauer gestellte Lebensmittelskandalisierung bis hin zu den Gegnern der modernen Landwirtschaft und all jenen Gruppen, die glauben, soziale Probleme ließen sich durch administrative Preisinterventionen lösen – von Mindestlöhnen über die vorgeschriebene Deckelung von Bankgebühren und Handytarifen bis hin zu Mietpreisstopp.

**auf + ab: Aber in den großen Städten gibt es doch tatsächlich Wohnungsnot.**

IP: Wer wollte das bestreiten? Nur: Die Mietpreissteigerungen sind doch nicht das Problem. Das Problem ist Knappheit. Insofern sind Preissteigerungen eher ein Signal und sogar eine Lösung für das Problem. Der steigenden Nachfrage nach Wohnraum kann man nur durch mehr Wohnungsbau wirksam begegnen. Der eigentliche Engpassfaktor hierbei ist, dass die Kommunen zu wenig Baugrund ausweisen und dass die Regulierungsvorschriften zu rigide sind, so dass Bauen lange dauert und teuer wird. Hier liegt Bürokratieversagen vor. Die Öffentlichkeit aber rechnet auf Marktversagen zu und ist wütend auf die Vermieter. Dabei besteht der Kern des Problems darin, dass die politisch gesetzten Rahmenbedingungen nicht darauf ausgerichtet sind, die Marktkräfte in Dienst zu nehmen, um das soziale Problem zu lösen.

**auf + ab: Ist das ein deutsches Sonderproblem?**

IP: Mitnichten. International stellen Experten ganz ähnliche Diagnosen. Ich denke etwa an Edward Glaeser.<sup>12</sup> Oder an den renommierten Stadtplaner Alain Bertaud, der jahrzehntelang für die Weltbank Stadtplanungsprojekte in den Metropolen der Welt betreut hat. Ähnlich wie Glaeser hält auch Bertaud die Wohnraumengpässe in Paris, London, New York und Hanoi für das Ergebnis wohlgemeinter, aber letztlich verfehelter Stadtplanung nach sozialistischem Vorbild.<sup>13</sup> Dass Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen, ist diesem Denken eher fremd. Die Konsequenz: Viele Stadtplaner versuchen, das – aus ihrer

---

<sup>12</sup> Vgl. Glaeser (2011).

<sup>13</sup> Vgl. Bertaud (2018).

Sicht unerwünschte – Wachstum von Mega Cities dadurch zu zügeln, dass Siedlungsflächen an den Grenzen der Städte nicht freigegeben werden oder die Besiedlungsdichte in den einzelnen Stadtteilen administrativ festgelegt wird. Rigid reguliert wird zudem die minimale Wohnraumgröße und – ganz wichtig – die maximale Bauhöhe von Wohnhäusern sowie die Anzahl an Kindergärten und Grünflächen pro Quadratkilometer, all dies häufig im Namen sozialer Gerechtigkeit oder ökologischer Ziele, aber freilich ohne Rücksicht auf das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage auf dem Immobilien- und Mietmarkt. Das führt dann dazu, dass der Ausbau des Angebots in vielen Metropolen der Welt angesichts steigender Nachfrage künstlich gebremst wird, so dass die Bau- und Mietkosten in die Höhe schießen. Die Leidtragenden sind vor allem die Geringverdiener, deren Jobaussichten gerade in den großen Städten am höchsten wären.<sup>14</sup> Hier reiht sich das deutsche Beispiel in den internationalen Kontext nahtlos ein: In den letzten zehn Jahren hat sich die Durchschnittsmiete in Berlin mehr als verdoppelt. Allein zwischen 2016 und 2017 ist die Wohnraumnachfrage in Berlin um 2% gestiegen, das Angebot aber lediglich um 0,8%.<sup>15</sup> Dabei zeigen andere Beispiele wie Houston, Texas, dass es durchaus möglich ist, einen anderen Weg einzuschlagen und bezahlbaren Wohnraum bei steigender Nachfrage bereitzustellen – wenn man Stadtplanung nicht *gegen* den Markt, sondern *für* den (Immobilien- und Miet-)Markt betreibt.

#### **auf + ab: Wie lautet Ihre Schlussfolgerung für Deutschland?**

IP: In der aufgeregten Mietpreisdiskussion, wie wir sie gegenwärtig in der deutschen Öffentlichkeit führen, mangelt es an sozialer oder kultureller Intelligenz. Man könnte auch von kollektiver Amnesie sprechen. Viele scheinen zu vergessen, welche Prinzipien sich in der Sozialen Marktwirtschaft bewährt haben. Ich denke hier zuvörderst an das Prinzip, zur Lösung sozialer Probleme auf Einkommenstransfers zu setzen, um den Preismechanismus funktionsfähig zu halten. Marktkonforme Sozialpolitik würde Bedürftige mit einem höheren Wohngeld – oder noch besser: mit einem höheren Transfereinkommen – ausstatten, aber keinesfalls die Mieten deckeln. Auch der soziale Wohnungsbau könnte eine konstruktive Rolle spielen. In jedem Fall ist festzuhalten: Anstatt in tagespolitische Hektik zu verfallen, die das Knappheitsproblem kurzfristig mit weißer Salbe zudeckt und gerade damit langfristig verschärft, würde eine marktwirtschaftlich orientierte Politik mit langem Atem die Angebotsdynamik fördern.

#### **auf + ab: Das hört sich demokratieskeptisch an.**

IP: Nein. Ich bin ein überzeugter Anhänger der Demokratie. Für mich gehören Marktwirtschaft und Demokratie eng zusammen. Es handelt sich um Wettbewerbssysteme, die so verfasst sind, dass die handelnden Akteure – im einen Fall Unternehmen, im anderen Fall Parteien – durch institutionalisierte Anreize gezwungen sind, ihr Verhalten in den Dienst der Bevölkerung zu stellen, um deren Zustimmung sie konkurrieren. – Aber diese auf Funktionsanalysen beruhende Wertschätzung für Wettbewerbssysteme muss ja nicht blind dafür machen, dass es Marktversagen und Politikversagen gibt. Die Gretchenfrage

---

<sup>14</sup> Vgl. Bertaud (2018; S. 236 ff.).

<sup>15</sup> Vgl. [https://www.ibb.de/media/dokumente/publikationen/in-english/ibb-housing-market-report/ibb\\_housing\\_market\\_report\\_2018\\_summary.pdf](https://www.ibb.de/media/dokumente/publikationen/in-english/ibb-housing-market-report/ibb_housing_market_report_2018_summary.pdf)

ist nur, wie man auf solche Versagenstatbestände reagiert. Hier gibt es im Prinzip nur zwei Möglichkeiten. Die erste besteht darin, sich romantisierend aus der Realität wegzuwünschen und der revolutionären Hoffnung auf Systemumsturz anheimzugeben. Das halte ich weder für sonderlich moralisch, noch für sonderlich aussichtsreich. Die zweite besteht darin, mit Verfassungspatriotismus zu reagieren: mit dem Versuch, die Wettbewerbsprozesse durch bessere Rahmenordnungen zu konstitutionalisieren.

**auf + ab: Bitte führen Sie das noch etwas aus.**

IP: Ich beobachte zahlreiche zeitgenössische Krisenerscheinungen. Nicht nur in Wirtschaft und Politik, sondern auch innerhalb der Wissenschaft und der Kultur allgemein. Und das nicht nur in Deutschland, sondern – mit durchaus unterschiedlichen Themen und Anlässen – in Südeuropa und Nordeuropa, in den USA und Kanada sowie in Australien. In all diesen Ländern gibt es – medial bedingt – dramatische Polarisierungen der öffentlichen Meinung. Denken Sie nur daran, dass in letzter Zeit die Unsitte um sich greift, dass Professoren jenseits ihrer eigenen Expertise offene Briefe und Petitionen schreiben, um zu bewirken, dass Wissenschaftler entlassen werden, deren Forschungsthema ihnen nicht behagt.<sup>16</sup> Ein solches Mobbing-Verhalten ist nicht nur eine ideologische Anmaßung, sondern eine eklatante Verletzung aller Regeln und Prinzipien, die den Wissenschaftsprozess so leistungsfähig gemacht haben. Dass selbst namhafte Universitäten bereit sind, diesem öffentlichen Druck nachzugeben, schlägt dem Fass den Boden aus – und lässt nichts Gutes für die Zukunft unabhängiger Wissenschaft erwarten. Wir legen hier die Axt an eine wichtige Wurzel unseres gesellschaftlichen Wohlergehens.

**auf + ab: Sie halten den Wissenschaftsbetrieb für gefährdet?**

IP: Ich fürchte ja. Denken Sie nur an das Anschwellen gefühlspolitischer Initiativen, das seit einigen Jahren an den Elite-Colleges der USA sowie in führenden Universitäten des gesamten englischen Sprachraums zu beobachten ist. Moralsoziologen sprechen hier von „victimhood culture“.<sup>17</sup> Im Kern geht es um das Aufkommen einer völlig neuen Art von Deutungshoheit: Nicht mehr objektiver Inhalt der Sprache oder beabsichtigte Intention der Sprecher sollen zählen, sondern allein die subjektive Emotion der Angesprochenen. Im Endeffekt läuft das darauf hinaus, unliebsame Argumente als „hate speech“ zu brandmarken. Der Universitätscampus verwandelt sich damit zur Zone allgegenwärtiger Zensur, und das noch nach höchst willkürlichen Kriterien. Für die Freiheit von Forschung und Lehre ist das ein Alptraum! Wir haben es hier mit einem Fall zu tun, wo der Weg zur Hölle mit guten Absichten gepflastert ist: Diese auf Hypersensibilisierung für „political correctness“ setzende Gefühlspolitik und ihre sprachpolizeiliche Umsetzung hat – völlig unabhängig von den zugrunde liegenden (moralischen) Intentionen – die Wirkung einer

<sup>16</sup> Für ein Beispiel unter vielen vgl. Quillette (2019). Hier wird dokumentiert, wie es dazu kommen konnte, dass die Cambridge University den Nachwuchswissenschaftler Noah Carl entlassen hat. Vgl. hierzu auch die Stellungnahme von Carl (2019a) und (2019b), der sämtliche gegen ihn erhobenen Vorwürfe als nachweislich falsch zurückweist. Vgl. zusätzlich Carl (2018) für eine Verteidigung der klassischen Position, gerade für wichtige und gesellschaftlich umstrittene Fragen Forschungsfreiheit zu reklamieren.

<sup>17</sup> Vgl. hierzu die exzellente Analyse von Campbell und Manning (2018). Vgl. ergänzend Lukianoff und Haidt (2018), die warnend auf die gesundheitlichen Folgen – insbesondere auf die neurotisierende Wirkung – dieser Gefühlspolitik hinweisen. – Für eine wissenschaftliche Selbstregulierungs-Initiative, die akademischen Fehlentwicklungen entgegentritt, vgl. <https://heterodoxacademy.org/>.

Sabotagetechnik, die die institutionellen Voraussetzungen unabhängiger Wissenschaft und damit letztlich die Funktionsweise konstruktiver Kritik nachhaltig unterminiert. Man kann es auch so ausdrücken: Das Moralparadoxon der Moderne hat hier auf eine ganz überraschende Weise den Wissenschaftsbetrieb erfasst. Es ist, als grassiere eine emotionale Entfremdung von den institutionellen Voraussetzungen unserer Zivilisation.

**auf + ab: Wie steht es um die politische Krise?**

IP: Die aktuelle Krise ist ein Gegenwartsphänomen der gesamten westlichen Welt. Im politischen Spektrum werden die Ränder stärker, die Mitte schmilzt weg, und eine intellektuelle Desorientierung greift derart schnell um sich, dass ich des Öfteren daran erinnert werde, wie sich die Weimarer Republik zerlegt hat. Meine Diagnose lautet: Wir leiden unter Diskursversagen. Das ist ein Signum des Moralparadoxons der Moderne.

**auf + ab: Also doch: Demokratieskepsis?**

IP: Nein. Meine Diagnose lässt mich weder an der Demokratie noch an der Marktwirtschaft (ver-)zweifeln. Ganz im Gegenteil: Ich arbeite an einer Erklärung des Moralparadoxons, und die führt geradewegs zur Therapie, auf forcierte Aufklärung zu setzen – Aufklärung zum einen über die Funktionsweise unserer Wettbewerbssysteme; Aufklärung zum anderen über die Fallstricke unserer traditionsverhafteten Moralsemantiken, die (noch) nicht recht zur Moderne passen. Vielleicht haben wir es bei dieser politischen Krise nur mit einer zeitweisen Polarisierung zu tun, mit einem Übergangsphänomen, das wieder abschwilt, sobald wir gelernt haben, wieder stärker auf die Stimmen (Plural!) der Vernunft zu hören und bewährte Institutionen zu achten.

**auf + ab: Würden Sie sich im politischen Spektrum eher rechts oder eher links einordnen?**

IP: Weder noch. Ich bin in keinem der politischen Lager beheimatet. Zudem bin ich weder Mitglied noch Anhänger einer bestimmten Partei. In dieser Hinsicht vertrete ich eher einen klassisch liberalen Standpunkt im Sinne von John Stuart Mill, indem ich davon ausgehe, dass wir in gesellschaftlichen Lernprozessen beides brauchen: progressive Anstöße und konservative Reaktionen.<sup>18</sup> Insofern verorte ich mich gewissermaßen jenseits von rechts und links, aber in dem klaren Bewusstsein, dass beide politischen Lager ihre Berechtigung und ihre gesellschaftliche Funktion haben. Beide Lager thematisieren jeweils legitime vitale Interessen, neigen aber auch zu romanesken Übertreibungen und gelegentlich sogar zu einer feindlich gestimmten Intoleranz, was gegenseitige Radikalisierung befördern kann. Lassen Sie mich das kurz erläutern.

**auf + ab: Gerne.**

---

<sup>18</sup> Mill (1859, 2009; S. 79) schreibt in Kapitel 2, Absatz 36 seines Buches „On Liberty“: „In politics ... it is almost a commonplace, that a party of order or stability, and a party of progress or reform, are both necessary elements of a healthy state of political life“.

IP: Nach der von Wittenberg ausgehenden Reformation wurde die Frage akut, wer denn die richtige Religion habe. Diese Frage hat uns direkt in die Religionskriege geführt. Die haben wir erst überwunden, indem wir mühsam gelernt haben, diese Frage nicht mehr zu stellen und stattdessen nach Regeln zu suchen, wie Katholiken und Protestanten friedlich und produktiv zusammenleben können. Wir haben den Diskurs von Wertekonsens auf Regelkonsens umgestellt und die wechselseitige Toleranz zum Verfassungsprinzip gemacht. So etwas Ähnliches benötigen wir für die institutionelle Einrahmung und für die intellektuelle Stoßrichtung politischer Debatten: Es geht doch nicht darum, ob das Lager links von der Mitte oder das Lager rechts von der Mitte die ewige Wahrheit bzw. die ultimative Weisheit repräsentiert. Sondern es geht bei jedem einzelnen Politikproblem immer wieder darum, welche der von den unterschiedlichen Seiten thematisierten Aspekte sich für eine funktionierende Problemlösung als hilfreich erweisen. Demokratische Politik benötigt eine Basis wechselseitiger Anerkennung. Ohne Verständnis ist Verständigung schwierig. Deshalb müssen wir darauf achten, dass der Regelkonsens erhalten bleibt und das Bewusstsein dafür wachgehalten wird, dass Demokratie – ganz analog zur Wissenschaft als einer noch radikaler auf Denkleistung fokussierten Form des Diskurses – auf einer *institutionalisierten Kultivierung* des Streits beruht. Das erfordert zivile Umgangsformen. Und die müssen *bewusst eingehalten* werden: Wenn es so weit kommt, dass die eine Seite der anderen die Legitimität rundherum abspricht, auf unduldsame Tabuisierung setzt und damit letztlich Argumentationsverweigerung betreibt, dann gerät die Demokratie in Gefahr.

**auf + ab: Mit welcher Stoßrichtung nehmen Sie persönlich politisch Stellung?**

IP: Ich setze nicht auf Politiker-Beratung, sondern auf eine an die demokratische Öffentlichkeit adressierte Politik-Beratung und versuche, Diskursblockaden überwinden zu helfen. Das ist weder rechts noch links – auch wenn es mir manchmal passiert, dass Linke das als rechts oder Rechte das als links einstufen. Aber das ist nur ein Symptom für die Schubladisierung des Denkens, zu der manche Ideologen nun einmal neigen. In der Sache arbeite ich nämlich mit normativen *Überbietungsargumenten*. Der ordonomische Fachausdruck dafür heißt „*orthogonale Positionierung*“, weil hier eine intellektuelle Frontstellung kategorial aufgebrochen wird, um eine eindimensional verkürzte Konfliktwahrnehmung zu überwinden und dem Denken eine neue Richtung zu erschließen. Es geht um eine *methodische* Handreichung, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen und argumentative Aha-Effekte zu erzeugen: um „thinking outside the box“, um Negation der Negation, um Auflösung vermeintlicher Widersprüche, um die Umstellung von Win-Lose auf Win-Win – kurz: um eine im Sinne Max Webers *wert(ungs)freie* Stellungnahme zu wertstrittigen Debatten. Damit wird das Ziel verfolgt, das demokratische Zusammenspiel zwischen den verschiedenen Lagern wieder flottzumachen, wenn es durch intellektuelle Desorientierung blockiert ist. Die Intention ist, Verständigung zu stiften, indem moralische (Selbst-)Missverständnisse aufgelöst werden.

**auf + ab: Bitte erläutern Sie das anhand eines aktuellen Falls.**

IP: Nehmen wir das Beispiel der Innovation. Wie regulieren wir das Aufkommen von Neuerungen? Hier spielt das Vorsorgeprinzip eine zunehmend wichtige Rolle. Dafür aber gibt es zwei Interpretationen. Für die erste sprechen starke moralische Emotionen. Hier

reicht das Spektrum von Angst bis zu Ekel. Sie macht geltend, dass mit dem Vorsorgeprinzip eine radikale Beweislastumkehr verbunden sein sollte. Hier wird im Täter-Opfer-Schema gedacht und dann gefordert, dass potenzielle Gefährdungen ex ante ausgeschlossen sein müssen, damit niemand unnötige Schädigungen erleidet. Der Innovator muss ex ante nachweisen, dass niemand Nachteile erleidet.

#### **auf + ab: Wie sieht die Alternativinterpretation aus?**

IP: Die ist intellektuell anspruchsvoll. Sie geht davon aus, dass wir nicht ein Problem, sondern gleichzeitig *zwei* Probleme lösen müssen. Das erste Problem besteht darin, dass wir unnötige Schäden vermeiden. Das zweite – zumeist übersehene – Problem besteht darin, dass wir nicht versehentlich Innovationen unterbinden, die sich als segensreich erweisen würden. Wir müssen beide Probleme *simultan* angehen. Und das bedeutet, dass man das Vorsorgeprinzip auf sich selbst anwenden können muss. Im Klartext: Ein Verbot gemäß Vorsorgeprinzip muss auch die Prüfung bestehen, ob das Verbot selbst dem Vorsorgeprinzip genügt. Im konkreten Fall muss man sich darum sorgen, wieviel Menschenleben (wie stark) gefährdet sind, wenn man eine Innovation erlaubt. Aber man darf es nicht dabei belassen. Das wäre einseitig – und selbstreferentiell nicht konsistent durchzuhalten. Zusätzlich muss man sich auch darum sorgen, wieviel Menschenleben (wie stark) gefährdet sind, wenn man eine Innovation verbietet – oder auch nur verzögert oder verteuert. – Die scheinbar plausible aber irrige (Fehl-)Interpretation des Vorsorgeprinzips ist eine wichtige Innovationsbremse, die der Moral einen Bärendienst leistet. Die Anhänger dieser Interpretation begehen einen Denkfehler, der sie dazu führt, ihr moralisches Anliegen zu verfehlen. Das ist kontraproduktiv. Hier ist Aufklärung nötig, aber auch möglich.

#### **auf + ab: Haben Sie noch ein Beispiel?**

IP: Beispiele gibt es mittlerweile wie Sand am Meer. Ein wirklich wichtiges ist die teilweise desaströse Klimapolitik, die wir in Deutschland betreiben. Die ist irre teuer und wenig effektiv. Hier muss dringend nachgebessert und umgesteuert werden. Der Sachverständigenrat hat gerade ein Sondergutachten dazu veröffentlicht.<sup>19</sup> – Aus ordonomischer Sicht lässt sich hier sehr anschaulich nachvollziehen, in welche Misere man geraten kann, wenn man moralischen Impulsen nachgibt, ohne auf die Anreize und Anreizfolgen im System zu achten. In der Vergangenheit wurde nicht recht bedacht, dass nationale Sonderanstrengungen durch den europäischen CO<sub>2</sub>-Handel kompensiert werden. In Zukunft müssen wir stärker darauf achten, dass nicht über ordnungsrechtliche Anweisungen, sondern über Preissignale gesteuert wird. Aber ich will hier nicht missverstanden werden. Deshalb lassen Sie mich betonen: Ich will nicht *weniger* Klimapolitik, sondern *mehr* Klimapolitik. Das geht aber nur mit einer *besseren* Klimapolitik, die den Klimaschutz verbilligt, damit wir uns mehr davon leisten können. Dafür benötigen wir eine möglichst umfassende und einheitliche CO<sub>2</sub>-Bepreisung und weitere Sonderanreize für das Ausprobieren neuer Ideen für einen wirksameren Klimaschutz. Global müssen wir es hinkriegen,

---

<sup>19</sup> Vgl. SVR (2019). Vgl. Hierzu ergänzend das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (2019) sowie die vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegebenen Studien – DIW (2019), FÖS (2019) und IMK (2019). Sie alle kommen – mit unterschiedlichen Nuancierungen – zu dem gleichen Ergebnis, eine zukünftig konsequente(re) CO<sub>2</sub>-Bepreisung zu empfehlen.

De-Karbonisierung ohne De-Industrialisierung zu verwirklichen. Hierzu muss Deutschland Ideen beisteuern und Innovationen auf den Markt bringen. Sonst werden die deutschen Anstrengungen zur Klimapolitik keine internationale Sogwirkung entfalten. Unser moralisches Engagement würde dann ins Leere laufen.

**auf + ab: Kennt Innovation Grenzen? Gibt es ein Problem, das Innovation nicht lösen kann?**

IP: Es gibt viele Probleme, die wir gegenwärtig (noch) nicht lösen können. Aber das heißt nicht, dass wir heute genau abzusehen vermögen, was wir morgen erreichen werden – und was sich auf Dauer als unmöglich erweisen wird. Lassen Sie mich hier nur einen Gedanken kurz skizzieren, damit Sie verstehen, warum ich kein Pessimist bin. Für mich ist Wissen die basale Ressource der Weltgesellschaft, und diese Ressource ist nicht nur erneuerbar, sondern sogar erweiterbar.<sup>20</sup> Und jetzt denken Sie bitte mal darüber nach, wieviel der derzeit etwa 7,7 Mrd. Menschen auf diesem Planeten als kreative Wissensarbeiter mit der Generierung neuen Wissens befasst sind – und dann stellen Sie sich bitte vor, was passiert, wenn wir auf dem längst eingeschlagenen Weg konsequent vorangehen, immer mehr Menschen einen Bildungszugang zu ermöglichen und sie nicht nur zur Anwendung bestehenden Wissens, sondern zur Erweiterung unserer Kenntnisse und Fertigkeiten zu befähigen. Für die Zukunft des Kapitalismus ist nicht so sehr das Sachkapital als vielmehr das Humankapital entscheidend.

**auf + ab: „Humankapital“ war mal Unwort des Jahres.**

IP: Ja, im Jahr 2004. Die Jury kritisierte seinerzeit diesen Begriff, und zwar mit folgender Begründung: „Humankapital degradiert nicht nur Arbeitskräfte in Betrieben, sondern Menschen überhaupt zu nur noch ökonomisch interessanten Größen.“<sup>21</sup> Aber eine solche Kritik ist ja nur ein schlagender Beweis dafür, dass Literaturwissenschaftler nicht davor gefeit sind, einem ökonomischen Analphabetismus anheim zu fallen.<sup>22</sup> Die humane und sogar humanistische Stoßrichtung, mit der dieser Begriff von Ökonomen eingeführt wurde und bis heute verwendet wird, kommt programmatisch in dem Buchtitel des Nobelpreisträgers Theodore W. Schultz zum Ausdruck, der zu den Pionieren der Humankapitaltheorie gehört. Der Titel lautet: „In Menschen investieren“<sup>23</sup>.

**auf + ab: Noch mal zurück zum Thema „Innovation“. Was halten Sie von der Erforschung der Genmodifizierung, speziell am Menschen?**

---

<sup>20</sup> Vgl. hierzu das selbst in ökonomischen Kreisen wenig bekannte Buch von Deutsch (2011). Dort findet man auf S. 222 ein Zitat, das diesem Interview auch als Motto hätte vorangestellt werden können. Es lautet: „[E]ach particular evil is a problem that can be solved. An optimistic civilization is open and not afraid to innovate, and is based on traditions of criticism. Its institutions keep improving, and the most important knowledge that they embody is knowledge of how to detect and eliminate errors.“

<sup>21</sup> <http://www.unwortdesjahres.net/index.php?id=113>

<sup>22</sup> Der künstlerische Literaturbetrieb ist – noch stärker als die Literaturwissenschaft – für ökonomische Erkenntnisse wenig aufgeschlossen. Eine interessante Ausnahme bietet die intellektuelle Autobiographie des Literaturnobelpreisträgers Llosa (2019).

<sup>23</sup> Vgl. Schultz (1986).

IP: Durch Einsatz der Genschere kann man bei Pflanzen genetische Veränderungen vornehmen, die von natürlicher Züchtung nicht zu unterscheiden sind. Das neue Verfahren ist aber wesentlich schneller und zudem genauer. Da liegt es nahe, auch auszuprobieren, inwiefern es sich bei Menschen einsetzen lässt. Ich denke, jedem ist bewusst, dass es hier Chancen und Risiken gibt. Zunächst zu den Chancen. Just dieser Tage war die Meldung zu lesen: „Wissenschaftlern ist ein Erfolg bei der Behandlung von HIV gelungen. Mit der Genschere Crispr/Cas9 wurde der Erreger dauerhaft aus dem Erbgut von Mäusen entfernt.“<sup>24</sup> Mit dieser neuen Technologie lassen sich zukünftig vielleicht Menschen von Krankheiten befreien. Es gibt aber auch Risiken. Mit der Genschere wird es möglich, die DNA in Spermien, Eizellen oder Embryonen zu verändern. Dafür werden gegenwärtig Moratorien gefordert, um Zeit zu gewinnen, damit weltweite Standards etabliert werden können, die genau regeln, was (un-)erwünscht ist.

**auf + ab: Was halten Sie von Künstlicher Intelligenz? Ist der Hype gerechtfertigt?**

IP: Der Hype wird – wie jede Modewelle – auch wieder abflauen. Aber das Thema wird bleiben. KI ist eine disruptive Innovation. Sie wird zu gravierenden Strukturänderungen führen.

**auf + ab: Wird KI in der nahen Zukunft primär substitutiv oder komplementär Verwendung finden?**

IP: Das weiß ich nicht. Aber vielleicht darf ich dennoch einige Gedanken mitteilen, bei denen ich mir ziemlich sicher bin. Erstens: Die Entwicklung künstlicher Intelligenz in Verbindung mit Automatisierung und Roboterisierung wird derzeit vorhandene Arbeitsplätze vernichten. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Beispielsweise kann man sich vorstellen, dass viele LKW-Fahrer ihren Job verlieren könnten, wenn wir selbstfahrende Autos haben. Zweitens: Dem steht gegenüber, ob neue Jobs entstehen. Einige dieser neuen Jobs haben direkt mit KI zu tun. Irgendwer muss ja die Programme schreiben und die Roboter warten. Aber wichtiger wird sein, ob wir daneben noch andere Bedürfnisbefriedigungen organisieren können, die die Nachfrage nach (qualifizierter) Arbeit ansteigen lassen. Drittens: Das ist keine Frage des Schicksals, sondern letztlich eine Frage kluger Politik – und vitaler Marktwirtschaft. Die technologische Entwicklung ist nicht rein exogen und zufallsgetrieben. Vielmehr folgt sie Anreizen, und die lassen sich beeinflussen. Viertens: Gegenwärtig ist unser Steuerungswissen noch nicht umfassend und robust genug. Aber die neuere Forschung macht Hoffnung.<sup>25</sup> Vor allem kommt es darauf an, möglichst schnell die richtigen Fragen zu stellen. Wenn wir dann auch die richtigen Antworten finden, können wir die Zukunft meistern. Und dann wird es eine Zukunft ohne technologiebedingte Massenarbeitslosigkeit sein. Da bin ich sehr zuversichtlich. – Lassen Sie mich so schließen: Die Gefährdung des westlichen Zivilisationsmodells droht nicht primär von der Wirtschaft, sondern von der Politik. Hierbei spielt das Moralparadoxon der Moderne eine ganz zentrale Rolle. Deshalb müssen wir die in systemischen Kontexten

---

<sup>24</sup> <https://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2019-07/genschere-crispr-cas9-hiv-aids-erreger-entfernung-ma-euse>

<sup>25</sup> Vgl. z.B. Acemoglu und Restrepo (2019).

offenbar zunehmende Dysfunktionalität moralischer Gefühle besser verstehen, um sie in den Griff zu bekommen.

### Anhang

Um das Interview nicht thematisch ausufern zu lassen, wurde einvernehmlich beschlossen, die folgende Passage nicht in die von „auf + ab“ veröffentlichte Fassung aufzunehmen. Sie soll hier aber trotzdem wiedergegeben werden:

Im Laufe des Interviews kam ich auf die aktuellen Gefahren für die zeitgenössische Demokratie zu sprechen, insbesondere auf die zunehmende Verwahrlosung der Umgangsformen im öffentlichen Diskurs (S. 18).

IP: Wenn es so weit kommt, dass die eine Seite der anderen die Legitimität rundherum abspricht, auf unduldsame Tabuisierung setzt und damit letztlich Argumentationsverweigerung betreibt, oder wenn die Wahlverlierer den Wahlgewinnern die Anerkennung entziehen (wie man es ansatzweise gegenwärtig in den USA beobachten kann), dann gerät die Demokratie in Gefahr.

#### **auf + ab: Sie spielen auf die Präsidentschaft von Donald Trump an?**

IP: Ja. Insbesondere auf die (Form der) Auseinandersetzungen zwischen US-Kongress und Weißem Haus. Offenkundig sind zahlreiche Amerikaner nicht dazu bereit, sich mit der 2016 erlittenen Wahlniederlage der Demokratischen Partei abzufinden. Man kann das an der massenmedial geschürten Euphorie ablesen, mit der *seit dem Amtsantritt* des Präsidenten völlig realitätsfern sehr viel Hoffnung auf ein Amtsenthebungsverfahren („impeachment“) gesetzt wurde, sogar noch *nach* Abgabe des Mueller-Reports<sup>26</sup>. Soweit ich es einschätzen kann, ist die deutsche Berichterstattung hierzu atemberaubend einseitig. Bei uns haben sich die Medien darauf eingeschossen, Trump als Person zu dämonisieren. Fernsehen und Presse beschränken sich sehr weitgehend darauf, uns die Sicht seiner demokratischen Gegenspieler als vermeintlich neutrale Kritik seines schlechten Benehmens zu präsentieren. Dabei wird völlig verkannt, dass sich die USA mittlerweile in einem veritablen Kulturkampf befinden und dass der Präsident neue Kommunikationsformen gezielt dafür einsetzt, seine Gegner auf die Palme zu bringen – und gerade dadurch seine eigene Basis zu mobilisieren. Aus ethischer Sicht macht man es sich zu leicht, wenn man sich damit begnügt, Trump moralisch zu verurteilen, so als stünde hier Gut gegen Böse. Man müsste doch vielmehr zu *erklären* versuchen, warum er in Teilen der Bevölkerung so überaus populär ist – und warum er bislang offenbar Erfolg damit hat, den (ihm gegenüber schon während seiner Kandidatur dominant feindlich eingestellten) Mainstream-Medien buchstäblich den Krieg zu erklären: Wenn man im Hinblick auf die USA nur auf das exzessive Fehlverhalten der Rechten schaut, dann gerät aus dem Blick, dass es auch auf der Linken ein exzessives Fehlverhalten gibt und dass sich die USA gegenwärtig in einer Polarisierungsspirale befinden, in der sich diese Exzesse *wechselseitig* befeuern.

<sup>26</sup> <https://cdn.cnn.com/cnn/2019/images/04/18/mueller-report-searchable.pdf>

Ohne dieses Wechselspiel ist das Phänomen Trump gar nicht zu verstehen. Und auch nicht die Gefährdung des Demokratieprozesses. Denn die geht nicht von einer einzelnen Person aus. Sondern von der Erosion des Verfahrens, sich zivilisiert zu streiten. Diese Erosion macht mir Sorgen. – Mit Blick auf Deutschland würde ich sagen: Auch bei uns sind Anzeichen für eine zunehmende Moralisierung und dann auch Radikalisierung sowie Polarisierung der Politik zu beobachten. Die politischen Lager halten sich selbst für gut – sie werten sich moralisch auf; und gleichzeitig werten sie ihre Gegenseite moralisch ab, die denn auch zunehmend als Feind betrachtet wird. Denken Sie nur daran, mit welcher Selbstgerechtigkeit die etablierten Parteien im Parlament bislang alle Kandidaten der AfD rundheraus abgelehnt haben, die sich um das (nach geltender Rechtslage der AfD-Fraktion eigentlich zustehende) Amt des Bundestags-Vizepräsidenten bewerben. Unter Demokraten sollte man so etwas nicht tun. Das zerstört die zivilen Umgangsformen, auf die wir alle angewiesen sind. Und mit Blick auf die Öffentlichkeit würde ich sagen: Wir sind zwar noch nicht so weit wie in den USA. Aber auch bei uns sind tendenziell die ersten Rückfälle in Tribalisierungsprozesse – und damit verbunden: wechselseitige Beschimpfungsrituale – zu beobachten: Man schließt sich zusammen – und schließt Andersdenkende aus. In *beiden* Lagern werden ganz gezielt Strategien zur Delegitimierung und sogar Tabuisierung eingesetzt, die das Gespräch mit der Gegenseite verweigern. Bei einer solchen Frontstellung werden die Gräben immer tiefer gezogen. Unabsichtlich tragen die Medien dazu bei, wenn sie ihre Neutralität aufgeben und sich mit moralischem Anspruch und gutem Gewissen zunehmend parteiisch verhalten. Das gleiche gilt für den Kulturbetrieb. Um nur ein Beispiel zu geben, das aber für viele andere steht: Sarah Connor singt in ihrem aktuellen Lied „Ruiniert“ über „AfD-Idioten“<sup>27</sup> – und erhält dafür wie selbstverständlich öffentlichen Applaus. Dabei müsste doch längst klar sein, dass die Betroffenen sich das nicht widerspruchslos gefallen lassen und ihrerseits mit ähnlichen Verunglimpfungen reagieren. Wenn wir nicht aufpassen und rechtzeitig zur Besinnung kommen, zerstören wir – von rechts wie von links – das gemeinsame Fundament der rechtsstaatlichen Demokratie.

---

<sup>27</sup> <https://www.azlyrics.com/lyrics/sarahconnor/ruiniert.html>

## Literaturverzeichnis

- Acemoglu, Daron und Pascual Restrepo (2019): Automation and New Tasks: How Technology Displaces and Reinstates Labor, in: *Journal of Economic Perspectives* 33(2), S. 3-30.
- Baumol, William J. (2010): *The Microtheory of Innovative Entrepreneurship*, Princeton und Oxford: Princeton University Press.
- Bertaud, Alain (2018): *Order Without Design: How Markets Shape Cities*, Cambridge, Mass. and London, England: MIT Press.
- Boudreaux, Don (2016): Most Ordinary Americans in 2016 Are Richer Than Was John D. Rockefeller in 1916, im Internet unter: <https://cafehaye.com/2016/02/40405.html> (Zugriff am 12. Juli 2019).
- Boyer, Pascal und Michael Bang Petersen (2018): Folk-economic beliefs: An evolutionary cognitive model, in: *Behavioral and Brain Sciences*, e158, S. 1-18, doi:10.1017/S0140525X17001960, im Internet unter: [https://www.cambridge.org/core/services/aop-cambridge-core/content/view/7D84E452710ACCC6A35D49B8590B614F/S0140525X17001960a.pdf/folkeconomic\\_beliefs\\_an\\_evolutionary\\_cognitive\\_model.pdf](https://www.cambridge.org/core/services/aop-cambridge-core/content/view/7D84E452710ACCC6A35D49B8590B614F/S0140525X17001960a.pdf/folkeconomic_beliefs_an_evolutionary_cognitive_model.pdf) (Zugriff am 12. Juli 2019).
- Campbell, Bradley und Jason Manning (2018): *The Rise of Victimhood Culture. Microaggressions, Safe Spaces, and the New Culture Wars*, Cham: Palgrave Macmillan.
- Carl, Noah (2018): How Stifling Debate Around Race, Genes and IQ Can Do Harm, in: *Evolutionary Psychological Science*, vol. 4, S. 399-407, <https://doi.org/10.1007/s40806-018-0152-x> (Zugriff am 12. Juli 2019).
- Carl, Noah (2019a): Intimidation Tactics Used by Student Activists at St Edmund's College, Onlineartikel vom 17. Mai 2019, abrufbar unter: <https://medium.com/@NoahCarl/intimidation-tactics-used-by-student-activists-at-stedmunds-college-7dba23a0a1a0/> (Zugriff am 12. Juli 2019).
- Carl, Noah (2019): Noah Carl Controversy: FAQ, Onlineartikel vom 07. Mai 2019, abrufbar unter: <https://blog.usejournal.com/noah-carl-controversy-faq-ad967834b12d> (Zugriff am 12. Juli 2019).
- Deutsch, David (2011): *The Beginning of Infinity. Explanations that Transform the World*, London u.a.O.: Penguin Books.
- DIW (2019): Für eine sozialverträgliche CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Im Internet unter: [file:///C:/Users/ingop/OneDrive/Dokumente/Literatur/DIW%20\(2019\)%20Für%20eine%20sozialverträgliche%20CO2-Bepreisung.pdf](file:///C:/Users/ingop/OneDrive/Dokumente/Literatur/DIW%20(2019)%20Für%20eine%20sozialverträgliche%20CO2-Bepreisung.pdf) (Zugriff am 19.7.2019).
- Erhard, Ludwig (1957): *Wohlstand für Alle*. Düsseldorf: Econ-Verlag.
- FÖS (2019): Lenkungs- und Verteilungswirkungen einer klimaschutzorientierten Reform der Energiesteuern, im Internet unter: [file:///C:/Users/ingop/OneDrive/Dokumente/Literatur/FÖS%20\(2019\)%20Lenkungs-%20und%20Verteilungswirkungen%20einer%20klimaschutzorientierten%20Reform%20der%20Energiesteuern.pdf](file:///C:/Users/ingop/OneDrive/Dokumente/Literatur/FÖS%20(2019)%20Lenkungs-%20und%20Verteilungswirkungen%20einer%20klimaschutzorientierten%20Reform%20der%20Energiesteuern.pdf) (Zugriff am 19.7.2019).
- Glaeser, Edward (2011) *Triumph of the City*, New York: Penguin Press.
- Greene, Joshua (2013): *Moral Tribes: Emotion, Reason, and the Gap Between Us and Them*, New York: Penguin Books.
- IMK (2019) *Wirtschaftliche Instrumente für eine klima- und sozialverträgliche CO<sub>2</sub>-Bepreisung*, im Internet unter: [file:///C:/Users/ingop/OneDrive/Dokumente/Literatur/IMK%20\(2019\)%20Wirtschaftliche%20Instrumente%20für%20eine%20klima-%20und%20sozialverträgliche%20CO2-Bepreisung.pdf](file:///C:/Users/ingop/OneDrive/Dokumente/Literatur/IMK%20(2019)%20Wirtschaftliche%20Instrumente%20für%20eine%20klima-%20und%20sozialverträgliche%20CO2-Bepreisung.pdf) (Zugriff am 19.7.2019).
- Jonas, Hans (1979): *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Leon, Carol Boyd (2016): The life of American workers in 1915, in: Monthly Labor Review, U.S. Bureau of Labor Statistics, im Internet unter: <https://www.bls.gov/opub/mlr/2016/article/the-life-of-american-workers-in-1915.htm> (Zugriff am 12. Juli 2019).
- Llosa, Mario Vargas (2019): Der Ruf der Horde. Eine intellektuelle Autobiographie, Berlin: Suhrkamp.
- Lukianoff, Greg und Jonathan Haidt (2018): The Coddling of the American Mind. How Good Intentions and Bad Ideas Are Setting Up a Generation for Failure, New York: Penguin Press.
- Mill, John Stuart (1859, 2009): On Liberty, o.O.: The Floating Press.
- Nietzsche, Friedrich (1878): Menschliches, Allzumenschliches – ein Buch für freie Geister, Erster Band, Zweites Hauptstück, Aphorismus 76, <http://www.nietzschesource.org/#eKGWB/MA-39> (Zugriff am 12. Juli 2019).
- Pies, Ingo (2012): Regelkonsens statt Wertekonsens: Ordonomische Schriften zum politischen Liberalismus, Berlin: Wissenschaftlicher Buchverlag Berlin (wvb).
- Pies, Ingo (2015): Solidarität unter Fremden, in: Der Markt und seine moralischen Grundlagen. Diskussionsmaterial zu einem Aufsatz von Jeff R. Clark und Dwight R. Lee, hrsg. von Ingo Pies, Freiburg und München, S. 111-122.
- Quillette (2019): Noah Carl: An Update on the Young Scholar Fired by a Cambridge College for Thought-crime, im Internet unter: <https://quillette.com/2019/05/28/noah-carl-an-update-on-the-young-scholar-fired-by-a-cambridge-college-for-thoughtcrime/> (Zugriff am 12. Juli 2019)
- Rawls, John (1992): Die Idee des politischen Liberalismus, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Schultz, Theodore W. (1986): In Menschen investieren. Tübingen: Mohr-Siebeck.
- Starmans, Christina, Mark Sheskin und Paul Bloom (2017): Why people prefer unequal societies, in: Nature: Human Behaviour, vol. 1: article no. 0082, S. 1-7, (Online publication). doi: 10.1038/s41562-017-0082. Im Internet unter: <https://www.nature.com/articles/s41562-017-0082> (Zugriff am 12. Juli 2019)
- SVR (2019): Aufbruch zu einer neuen Klimapolitik. Sondergutachten. Wiesbaden: ohne Verlagsangabe. Im Internet unter: <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/sondergutachten-2019.html> (Zugriff am 12. Juli 2019).
- Thompson, Derek (2016): America in 1915: Long Hours, Crowded Houses, Death by Trolley, im Internet unter: [https://www.theatlantic.com/business/archive/2016/02/america-in-1915/462360/?utm\\_source=nl\\_link8\\_021216](https://www.theatlantic.com/business/archive/2016/02/america-in-1915/462360/?utm_source=nl_link8_021216) (Zugriff am 12. Juli 2019).
- Wissenschaftlicher Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (2019): „Energiepreise und effiziente Klimapolitik, im Internet unter: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Ministerium/Veroeffentlichung-Wissenschaftlicher-Beirat/gutachten-energiepreise-effiziente-klimapolitik.pdf?blob=publicationFile&v=8>, (Zugriff am 19.7.2019).

*Diskussionspapiere*<sup>28</sup>

- Nr. 2019-03      **Ingo Pies**  
Interview: Innovationen und Institutionen – Über Markt, Moral und Moderne
- Nr. 2019-02      **Ingo Pies**  
Ordoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft
- Nr. 2019-01      **Matthias Georg Will, Ingo Pies**  
Developing Advocacy Strategies for Avoiding Discourse Failure through Moralizing and Emotionalizing Campaigns
- Nr. 2018-08      **Ingo Pies**  
Donald Blacks Moralsoziologie
- Nr. 2018-07      **Ingo Pies**  
Marktkonforme Unternehmensverantwortung – Kritische Anregungen zur CSR-Debatte
- Nr. 2018-06      **Ingo Pies**  
Laudationes zum Max-Weber-Preis 2018 für Laura Marie Edinger-Schons und Johanna Jauernig
- Nr. 2018-05      **Karl Homann, Ingo Pies**  
Karl Marx und die katholische Soziallehre
- Nr. 2018-04      **Stefan Hielscher, Ingo Pies**  
Wirtschaftsethische Stellungnahme zum Oxfam-Skandal
- Nr. 2018-03      **Ingo Pies**  
Fall Siemens: Darf ein profitabler Weltkonzern Ost-Standorte schließen? Eine wirtschaftsethische Reflexion
- Nr. 2018-02      **Karl Homann, Ingo Pies**  
Karl Marx als Klassiker: Freiheitsphilosoph, Systemdenker, ökonomischer Autodidakt, politischer Demagoge
- Nr. 2018-01      **Ingo Pies**  
Darf ein profitabler Weltkonzern wie Siemens Ost-Standorte schließen? Eine wirtschaftsethische Reflexion
- Nr. 2017-17      **Ingo Pies**  
Unternehmen handeln im öffentlichen Interesse
- Nr. 2017-16      **Karl Homann, Ingo Pies**  
Marx heute
- Nr. 2017-15      **Gerhard Engel**  
Martin Luthers Wirtschaftsethik: Aufbruch zum Europäischen Sonderweg?
- Nr. 2017-14      **Ingo Pies**  
Die Rehabilitierung kommunitarischer Tugendethik in der ökonomischen Theorie – eine ordonomische Argumentationsskizze
- Nr. 2017-13      **Ingo Pies**  
Ökonomische Bildung 2.0 – Eine ordonomische Perspektive

---

<sup>28</sup> Als kostenloser Download unter <http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung>. Hier finden sich auch die Diskussionspapiere der Jahrgänge 2003-2016.

- Nr. 2017-12 **Stefan Hielscher, Jan Winkin, Ingo Pies**  
How to Improve the moral capital of CSOs? Some Ordonomic Suggestions
- Nr. 2017-11 **Ulrich Blum, Ingo Pies**  
Plädoyer für saubere Braunkohle
- Nr. 2017-10 **Ingo Pies**  
Wider die Narreteien des Augenscheins - Wie lange noch wollen wir die junge Generation mit elaborierter Halbbildung abspeisen?
- Nr. 2017-09 **Ingo Pies**  
Die universitäre Zukunft der Wirtschaftsethik in Deutschland
- Nr. 2017-08 **Ingo Pies**  
Ein ordonomischer Beitrag zum Narrativ der Moderne: Wissenschaft und Wirtschaft stellen Konkurrenz in den Dienst gesellschaftlicher Kooperation
- Nr. 2017-07 **Ingo Pies**  
Replik: eine interdisziplinäre Verständigung ist schwierig, aber möglich und lohnend
- Nr. 2017-06 **Ingo Pies, Vladislav Valentinov**  
Brauchen wir NGOs?
- Nr. 2017-05 **Ingo Pies**  
The Ordonomic Approach to Business Ethics
- Nr. 2017-04 **Ingo Pies**  
Ironie bei Schumpeter – Ein Interpretationsvorschlag zum 75. Jubiläum von ‚Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie‘
- Nr. 2017-03 **Ingo Pies**  
Ordonomik als Methode zur Generierung von Überbietungsargumenten – Eine Illustration anhand der Flüchtlings(politik)debatte
- Nr. 2017-02 **Ingo Pies, Stefan Hielscher, Vladislav Valentinov, Sebastian Everding**  
Gesellschaftliche Lernprozesse zur Förderung der Bioökonomie – eine ordonomische Argumentations-skizze
- Nr. 2017-01 **Matthias Georg Will**  
Voluntary Turnover: What We Measure and What It (Really) Means

### *Wirtschaftsethik-Studien*<sup>29</sup>

- Nr. 2013-1 **Ingo Pies**  
Chancengerechtigkeit durch Ernährungssicherung – Zur Solidaritätsfunktion der Marktwirtschaft bei der Bekämpfung des weltweiten Hungers
- Nr. 2010-1 **Ingo Pies, Alexandra von Winning, Markus Sardison, Katrin Girlich**  
Sustainability in the Petroleum Industry: Theory and Practice of Voluntary Self-Commitments
- Nr. 2009-1 **Ingo Pies, Alexandra von Winning, Markus Sardison, Katrin Girlich**  
Nachhaltigkeit in der Mineralölindustrie: Theorie und Praxis freiwilliger Selbstverpflichtungen
- Nr. 2007-1 **Markus Beckmann**  
Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship
- Nr. 2005-3 **Ingo Pies, Peter Sass, Roland Frank**

<sup>29</sup> Als kostenloser Download unter <http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung>.

Anforderungen an eine Politik der Nachhaltigkeit – eine wirtschaftsethische Studie zur europäischen Abfallpolitik

Nr. 2005-2

**Ingo Pies, Peter Sass, Henry Meyer zu Schwabedissen**

Prävention von Wirtschaftskriminalität: Zur Theorie und Praxis der Korruptionsbekämpfung

Nr. 2005-1

**Valerie Schuster**

Corporate Citizenship und die UN Millennium Development Goals: Ein unternehmerischer Lernprozess am Beispiel Brasiliens

Nr. 2004-1

**Johanna Brinkmann**

Corporate Citizenship und Public-Private Partnerships: Zum Potential der Kooperation zwischen Privatwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Zivilgesellschaft

**Autor:**

**Prof. Dr. Ingo Pies**

Lehrstuhl für Wirtschaftsethik

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg



ISBN 978-3-96670-007-8  
ISBN 978-3-96670-008-5